



18. März 2010

CSU-Fraktion hat die Vertagung des Zweistufigen Sozial-Tickets durchgesetzt

Bisher war in den großen Fraktionen Einigkeit darüber, kein Sozial-Ticket (Monatskarte für Bus und Bahn) für Hilfebedürftige einzuführen. Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen will aber ein zweistufiges Sozial-Ticket für Nürnberg-Pass-Berechtigte durchsetzen. Sie fordern, die Ausschlusszeiten (werktags von 6:00 bis 8:00Uhr) wegfallen zu lassen und zusätzlich als zweite Stufe ein Monatsticket für 15 Euro.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen für ein zweistufiges Sozial-Ticket ist ein Vorschlag, den die CSU-Fraktion nicht unterstützt. Heute ist der Sozialausschuss der CSU gefolgt, die Einführung dieses Sozial-Tickets zu verschieben. Nürnberg bietet den Nürnberg-Pass-Berechtigten bereits einen verbilligten Tarif für 29,90 Euro im Monat. Auch in anderen Städten gibt es zum Teil Sozialtickets die alle bei 30 Euro im Monat liegen, mit einer Ausnahme: Dortmund. So hat die Stadt Dortmund bei dem von den Grünen aufgeführten Sozialticket, das für 15 EUR eingeführt wurde, in zwei Jahren zusätzlich 4,6 Millionen Euro Kosten verursacht. Die Sozialpolitische Sprecherin Andrea Loos: „Das sind erneute Haushaltsabenteuer, die sich Nürnberg nicht leisten kann“.

Denn weder der Verlustausgleich der Städtischen Werke noch eine direkte Zuzahlung durch das Referat für Familie, Jugend und Soziales ist zur Deckung des Defizits möglich. In der Beschlussvorlage steht wörtlich: "im Rahmen einer von der VAG ohnehin geplanten Reform der Tarife kann dann Ende 2010 über die Einführung und Gestaltung neuer Sozialtickets entschieden werden". Das lässt doch darauf schließen, dass im Zuge der Änderung der Tarife schnell noch eine Umverteilung zugunsten eines Sozialtickets versteckt werden kann. Gerade dies ist von Seiten der CSU abzulehnen, so der Umweltpolitische Sprecher Michael Brückner. Denn das würde eine erneute Ungerechtigkeit gegenüber den Geringverdienern darstellen, die noch knapp über dieser Grenze liegen und den vollen Preis zahlen müssen.

Weiter besteht die Gefahr, dass bei einer Neuordnung der Tarife die wahren Kosten eines Sozialtickets durch die Umstellung nicht ans Tageslicht kommen. Wenn man weiß, dass für die Erweiterung des Sozialtickets kein Geld vorhanden ist und die Erfahrungen der Stadt Dortmund mit einfließen lässt, braucht man auch kein Geld für eine Mobilitätsstudie aufzuwenden. Die CSU Fraktion hat die Vertagung durchgesetzt, bis die geplante Tarifreform der VAG beschlossen ist.

Auskünfte erteilt gerne:
Umweltpolitische Sprecher Michael Brückner
Tel. 0151 / 12 15 15 75